



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Eltern, liebe Schulgemeinschaft,

ganz kurz vorab: die mündlichen Abiturprüfungen sind (bis auf wenige, aus organisatorischen Gründen verschobene Ausnahmen) beendet und komplikationslos vonstattengegangen; die Eltern unserer Abiturient:innen sind sicher auch sehr erleichtert, dass diese anstrengende und aufregende Phase nun vorbei ist. Ab Montag starten wir dann in den intensiven schulischen Endspurt gen Zeugnisse und Sommerferien.

Nun zu den unerfreulichen Neuigkeiten in Bezug auf den Schulneubau, über die ich die Schulgemeinschaft in Kenntnis setzen möchte.

Wie uns kürzlich durch das Bezirksamt mitgeteilt wurde, hat die Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) die Kostenübernahme für die „lose Ausstattung“ des Neubaus gestrichen.

Ausgenommen davon ist nur die Ausstattung für die Schüler:innen (166 SuS) des künftigen vierten Zuges ab Klasse 7. Wir sind dazu mit einem schulischen „Kernteam Neubau“, dem GEV-Vorstandsteam und Vertretenden des Bezirksamtes (BA) in engem Austausch, dennoch bislang ohne positive Wendung, denn wie wir letzte Woche erfuhren, wird SenFin trotz der politischen Intervention des Stadtrats Herrn Hehmke nicht von der folgenden Position abweichen.

- Bei dem Neubau des HHG am Ostbahnhof handelt es sich um einen Schulersatzbau, für den keine neuen Mittel zur Ausstattung (loses Mobiliar und Lehr- und Lernmittel) bereitgestellt werden.
- Hiervon ausgenommen ist nur der künftige vierte Zug ab (voraussichtlich) Schuljahr 27/28.

Aus Sicht der Schulgemeinschaft ist dieser Sachstand unhaltbar aus den folgenden Gründen.

- Der partizipative Planungsprozess beinhaltete das Musterausstattungsprogramm (MAUS), welches in der Bedarfsprüfung bewilligt wurde.
- Seit Jahren werden am und im Bestandsbau des HHG in der Rigaer Straße keine Neuerungen vorgenommen mit der Begründung, dass die Schule in Kürze ein komplett neu ausgestattetes Gebäude erhält.
- Mit der gleichen Begründung wurden der Schule sämtliche Investitionen aus dem Digitalpakt verweigert.

Daraus ergeben sich für uns die folgenden Konsequenzen.

- Wir müssen die im Bestandsbau vorhandenen Möbel mitnehmen. Die Übernahme der für den Umzug entstehenden Kosten ist bislang nicht geklärt.



- Die vorhandenen Möbel sind jedoch sehr alt und teilweise beschädigt. Des Weiteren entsprechen sie weder in Anzahl noch Form/Funktion den Anforderungen der Räumlichkeiten im Neubau.
- Den Vorschlag aus dem BA, die Gelder der Lehr- und Lernmittel für die lose Ausstattung zu verwenden, lehnen wir strikt ab, da wir das Geld für Lehr- und Lernmittel dringend benötigen. Dies ist insbesondere relevant, da die Ausstattung mit ausreichenden Lehr- und Lernmitteln eine Kernvoraussetzung für die methodisch-didaktische, innovative Nutzung des Schulneubaus als „Compartment“-Modell ist.

Unser Ziel als Schulgemeinschaft kann daher nur sein, die ursprünglichen Zusagen aus der Planung zu erhalten, d.h. eine adäquate Neuausstattung des künftigen Schulgebäudes für alle Mitglieder der Schulgemeinschaft.

Das Vorstandsteam und das Kernteam Neubau sind bereits in engem Austausch zum Thema. Durch eine Anfrage des Vorstands bei „Frag den Staat“, haben wir nun einen Termin zur Akteneinsicht erhalten, den Frau Mutke, Frau Lange und ich wahrnehmen werden, um nachvollziehen zu können, an welcher Stelle die bereits genehmigte Bedarfsausstattung wieder gestrichen wurde.

Sie können sich denken, dass wir alle fassungslos sind und sich keiner vorstellen kann, wie das Projekt „Umzug“ nun weitergehen soll.

Die Schulgemeinschaft wird sicher einen Weg finden, laut und mit einer Stimme zu sprechen und unsere Fassungslosigkeit über diese äußerst absurd anmutende und nicht nachvollziehbare Entwicklung kundzutun.

Ideen und Vorschläge, wie wir reagieren und handeln können, können Sie auch gerne vorab an das Vorstandsteam richten, mit dem ich mich zeitnah wieder kurzschließen werde.

Ich wünsche Ihnen dennoch zunächst einmal ein erholsames Wochenende und halte Sie über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden.

Beste Grüße

Ihre Corinna Wesche